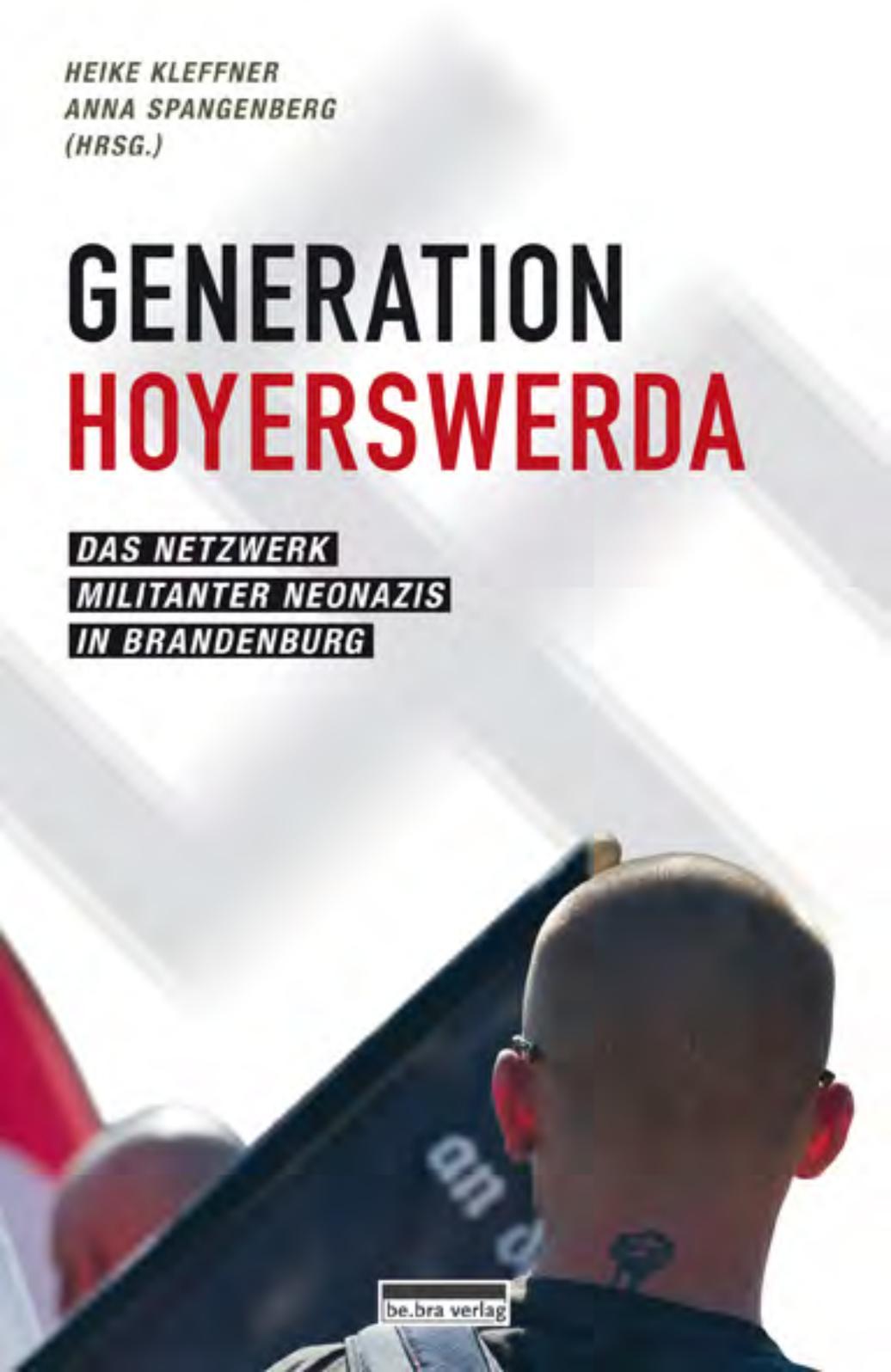


HEIKE KLEFFNER
ANNA SPANGENBERG
(HRSG.)

GENERATION HOYERSWERDA

**DAS NETZWERK
MILITANTER NEONAZIS
IN BRANDENBURG**

be.bra verlag



HEIKE KLEFFNER
ANNA SPANGENBERG (HRSG.)

GENERATION HOYERSWERDA

DAS NETZWERK

MILITANTER NEONAZIS

IN BRANDENBURG

be.bra verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in
weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2016
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebraverlag.de
Redaktion: Jonas Frykman, Potsdam
Lektorat: Stephan Lahrem, Berlin
Umschlag: hawemannundmosch, Berlin (Foto: ullsteinbild)
Satz: typegerecht, Berlin
Schrift: Dante 10/13 pt
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
ISBN 978-3-89809-127-5

www.bebraverlag.de

INHALT

Vorwort der Herausgeberinnen	9
------------------------------------	---

ANFÄNGE

JEANNETTE GODDAR

»Und dann kamen nur zwei Polizisten ...« Ein Blick zurück in die 1990er-Jahre	20
--	----

DAVID BEGRICH

Hoyerswerda und Lichtenhagen: Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland	32
--	----

GIDEON BOTSCH

Vor Hoyerswerda Zur Formierung des Neonazismus in Brandenburg	45
---	----

ULLI JENTSCH

Im »Rassenkrieg« Von der nationalsozialistischen Bewegung zum NS-Untergrund	62
---	----

MILITANTE NETZWERKE

GIDEON BOTSCH

»Nationalismus – eine Idee sucht Handelnde« Die <i>Nationalistische Front</i> als Kaderschule für Neonazis	74
---	----

HEIKE KLEFFNER

»Auf vollständige Aufklärung warten wir immer noch«

Eine Spurensuche: Carsten Szczepanski und die *United Skins* 98

MARIE KWIATEK UND MICHAEL WEISS

White Power Skinheads

Das Netzwerk von *Blood & Honour Brandenburg* 125

MAIK BAUMGÄRTNER

Weißer Bruderschaft

Die Netzwerke des Neonazi-Kaders Maik Eminger 139

SIMONE WENDLER

Die 1. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg

und der Mord an Timo K. 148

MAIK BAUMGÄRTNER

»Sieg oder Walhalla«

Die unaufgeklärten Taten der *Nationalen Bewegung* 159

DIE ROLLE DES STAATES

CHRISTOPH KOPKE

Polizei und militanter Neonazismus in Brandenburg 170

DIRK LAABS

Die V-Mann-Karriere des Carsten Szczepanski 181

ANTONIA VON DER BEHRENS

Gedächtnislücken und gesperrte Akten

Der brandenburgische Verfassungsschutz im *NSU*-Prozess 198

RÜCKBLICKE UND AUSBLICKE

»Ich habe immer damit gerechnet, dass es einen organisierten Rechtsterrorismus geben könnte« Erardo Cristoforo Rautenberg im Gespräch mit Heike Kleffner und Anna Spangenberg	212
--	-----

»Das haben wir alles schon mal erlebt« Almuth Berger und Uta Leichsenring im Gespräch mit Manja Präkels	224
---	-----

ANDREA RÖPKE

Droht eine neue Welle rechter Gewalt?	236
--	-----

ANHANG

Das Jahrzehnt der Glatzen – eine Chronik von Christoph Schulze	252
Anmerkungen	268
Abbildungsnachweis	293
Sachregister	294
Personenregister	298
Die Autorinnen und Autoren	300

VORWORT DER HERAUSGEBERINNEN

Mit dem Einbruch der Dunkelheit strömten am 19. Oktober 2015 Tausende Menschen auf den Theaterplatz in Dresden. Sie kamen, um das einjährige Bestehen der *Pegida*-Bewegung zu feiern. Vom Rand des Platzes aus sahen wir, wie sich Journalistinnen und Journalisten unter die Menge mischten, ohne ihre Presseausweise zu zeigen, um nicht als Angehörige der verhassten »Lügenpresse« erkannt zu werden. Vor der Bühne sammelten sich ältere Männer und Frauen, auch junge Familien, vor allem aber: viele Männer aus Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg zwischen 30 und 45 Jahren, ganz in schwarzen Sportklamotten, mit Turnschuhen und festen Handschuhen, selbstbewusst und angespannt. Redner wie der Schriftsteller Akif Pirinçci peitschten die Menge auf, bis diese immer wieder lautstark »Abschiebung« und »Widerstand« skandierte. Die gespenstische Inszenierung ließ uns verstummen. Wir waren Zeuginnen, wie eine Bewegung auf den »Kampf auf der Straße« eingeschworen wurde.

Auf der Rückfahrt zählten wir, wie viele »Nein zum Heim«-Kundgebungen auf dem Theaterplatz angekündigt worden waren: Allein für Brandenburg waren es elf, die innerhalb von drei Wochen bis Anfang November 2015 stattfinden sollten. Noch nie in der 25-jährigen Geschichte des Landes Brandenburg hat es so viele Demonstrationen von Neonazis gegeben wie 2015. Und nahezu alle hatten dasselbe Ziel: den Hass auf Flüchtlinge anzufachen. Mit der Zahl der Aufmärsche nahm auch die Zahl von Überfällen und Anschlägen zu. Schon im September 2015 hatte die Brandenburger Polizei drei Mal mehr rassistische Gewalttaten festgestellt als im gesamten Jahr zuvor. Dazu gehört mit großer Wahrscheinlichkeit auch das Feuer, das in der Nacht zum 25. August 2015 die Turnhalle des Oberstufenzentrums in Nauen vollständig zerstörte – einer von fünf Brandanschlägen binnen einer einzigen Sommerwoche in Deutschland. In der Kleinstadt im Havelland waren in den Monaten davor immer wieder Neonazis aufmarschiert, »Nauen bleibt weiss« und »Mut zur Tat« hatte auf ihren Schildern gestanden. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke nannte die Tat einen Akt des

»Rechtsterrorismus«. Der Anschlag war laut Polizei minutiös geplant. Die Täter bzw. Täterinnen sind noch immer unbekannt, und wir müssen davon ausgehen, dass sie – oder andere – weitere Anschläge vorbereiten.

DER NSU-KOMPLEX: EINE SPURENSUCHE IN BRANDENBURG

Als wir mit der Arbeit an diesem Buch begannen, war diese Aktualität nicht absehbar. Der Anlass war ein anderer: Nach der Selbstenttarnung des *Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)* im November 2011 war immer deutlicher geworden, dass es ein weitverzweigtes Netzwerk von Neonazis gab und gibt, die von Morden und Anschlägen des *NSU* gewusst, sie gebilligt oder sie unterstützt haben müssen. Waren auch märkische Neonazis in dieses Netzwerk eingebunden? Und wenn ja, sind sie heute noch aktiv?

Die Anregung zu diesem Band gab der Vorstand des brandenburgischen Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Im Herbst 2014 hatte das Aktionsbündnis 50 Brandenburgerinnen und Brandenburger eingeladen, den Strafprozess gegen Beate Zschäpe und ihre vier Mitangeklagten vor dem Oberlandesgericht München zu besuchen und sich mit der Aufarbeitung des *NSU*-Komplexes im Rahmen einer mehrtägigen Bildungsreise zu befassen. Deutlich wurde dabei, dass zahlreiche Fragen bis heute nicht beantwortet sind. Mit wem hatten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe in den Städten der Mord- und Anschlagsserie des *NSU* Kontakt? Wer hat den drei polizeilich Gesuchten zwischen 1998 und 2011 geholfen und was wussten die Verfassungsschutzämter und ihre neonazistischen V-Leute? In Brandenburg hat das *NSU*-Kerntrio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, soweit bekannt, weder gemordet noch andere Straftaten begangen. Das mag erklären, weshalb die Potsdamer Landespolitik eine Aufarbeitung rechtsterroristischer Aktivitäten und Netzwerke in den 1990er- und 2000er-Jahren – wie sie in anderen Bundesländern durch mittlerweile zehn parlamentarische Untersuchungsausschüsse geleistet wurde und wird – bislang nicht für notwendig hält. Wir haben die Anregung des Aktionsbündnisses aufgegriffen und wollen mit dem vorliegenden Buch einen Impuls für die öffentliche Aufarbeitung geben.

Mit den Ausgangsfragen, welche Verbindungen zum *NSU*-Komplex und welche Kontinuitätslinien bis heute im militanten Neonazismus in Brandenburg bestehen, begaben sich die Autorinnen und Autoren dieses Buches auf eine Spurensuche und kehrten dabei bewusst zurück in die frühen

1990er-Jahre. Denn um zu verstehen, wie sich aus der Neonazi-Bewegung des ersten Jahrzehnts nach dem Mauerfall ein militanter Flügel herausbilden konnte, ist es unerlässlich, die Erfahrungen nachzuzeichnen, die eine Generation damals junger Rechter geprägt haben. Der erste *NSU*-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages sah in diesen Erfahrungen Faktoren, die das Entstehen des *NSU*-Netzwerks begünstigten. In seinem Abschlussbericht vom 22. August 2013 heißt es: »Die frühen 1990er Jahre waren geprägt durch eine Welle rassistischer und neonazistischer Gewalttaten, insbesondere gegen Flüchtlinge und Migranten. Diese rassistisch motivierte Gewalt wurde in den neuen Bundesländern vielfach im öffentlichen Raum, vor den Augen zahlreicher – oftmals sympathisierender – Anwohner verübt, ohne dass staatliche Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden wirksam auf Seiten der Opfer eingriffen und effektiv und erkennbar gegen die Täterinnen und Täter vorgingen. Potenzielle Nachahmer und Sympathisanten der extremen Rechten konnten sich dadurch ermutigt und bestätigt fühlen. Dies gilt insbesondere für die tagelangen pogromartigen Angriffe auf Wohnheime von Asylbewerbern und mosambikanischen Vertragsarbeitern im sächsischen Hoyerswerda im August 1991. Diese endeten erst, nachdem die Angegriffenen unter Polizeischutz mit Bussen aus der Stadt transportiert worden waren. Neonazis feierten Hoyerswerda als bundesweit »erste ausländerfreie Stadt« und forderten zur Nachahmung auf.«

»GENERATION HOYERSWERDA«

Dass sich Szenen wie in Hoyerswerda 1991 vor Flüchtlingsunterkünften auch im Brandenburgischen in den folgenden Monaten vielfach wiederholten, zeigt die ebenso bedrückende wie anschauliche Chronik des »Jahrzehnts der Glatzen«, die Christoph Schulze für diesen Band zusammengestellt hat. Als Beispiel kann ein Samstagabend Ende August 1992 dienen: Polizisten evakuieren nach einer Bombendrohung das Eberswalder Flüchtlingsheim. Unterdessen werden Molotowcocktails auf Polizeiketten in Eisenhüttenstadt geworfen; 80 Neonazis versuchen dort, die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Brandenburg zu stürmen. Während 180 Neonazis eine Flüchtlingsunterkunft in Cottbus-Sachsendorf angreifen, geht ein Polizeistreifenwagen in Flammen auf. Auch in Lübbenau, Spremberg, Wittenberge, Althüttendorf und Wittstock greifen an diesem Abend rechte Gruppen Flüchtlingsunterkünfte an.

Die Autorinnen und Autoren dieses Buches beobachten die rechte Szene seit vielen Jahren. Ihre Berichte zeigen, dass Neonazis in Brandenburg ab den frühen 1990er-Jahren militante Organisationen aufbauten, einen »Rassenkrieg« propagierten und Terrorzellen gründeten. Sie beschreiben die Netzwerke der märkischen Neonazis und stellen Fragen nach deren Verbindungen zum NSU. Schließlich zeigen sie, dass es heute vielerorts erfahrene Aktivistinnen und Aktivisten der »Generation Hoyerswerda« – so nannten die Journalisten Thorsten Thissen und Johannes Wiedemann sie 2011 in einem Artikel der »Welt« – sind, die unter dem Slogan »Nein zum Heim« den Protest gegen die Aufnahme von Flüchtlingen organisieren.

Die Journalistin Jeannette Goddar berichtete in den 1990er-Jahren aus Schwedt, Eberswalde, Bernau, als diese Städte in überregionalen Medien vor allem als Tatorte rechter Gewalt vorkamen. 25 Jahre später ist sie zurückgekehrt, um Zeitzeuginnen und -zeugen zu befragen und auch um zu beschreiben, was sich verändert hat. Ihr Beitrag wirft Schlaglichter auf ein Jahrzehnt, in dem Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zuhörten, als Skinheads in städtischen Jugendklubs »Sieg Heil!« brüllten, und die Polizei zusah, wie sie anschließend mit Baseballschlägern Jagd auf Menschen machten.

David Begrich erkennt in den Pogromszenen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, bei denen die Behörden dem Druck der Straße nachgaben, die Urszenen des rassistischen Flächenbrandes in Ostdeutschland. Die Erfahrung, rassistischen Vorstellungen nicht nur Gehör, sondern ihnen – durch den Einsatz von Gewalt – Geltung verschaffen zu können, prägte eine ganze Alterskohorte rechter Jugendlicher. Die »Generation Hoyerswerda« hat den Neonazismus von einer Szene in eine soziale Bewegung verwandelt, die in den Straßen ostdeutscher Dörfer und Städte – nicht überall in gleicher Weise und Intensität – als eine tatsächliche Macht auftrat.

Welche Ursachen hatte dieser plötzliche Aufschwung des Rechtsextremismus? Dass er allein auf den schädlichen Einfluss »aus dem Westen« zurückzuführen sei, ist ein im Osten bis heute gern gepflegter Mythos. Im Westen wurde mal die »Proletarisierung« (Jörg Schönbohm), mal die »frühe Ent-Individualisierung« (Christian Pfeiffer) durch Kitas – für manche Westdeutsche bis heute eine kulturfremde Einrichtung – als Ursache ausgemacht. Dass die Entwertung von Berufsbiografien und die hohe Arbeitslosigkeit, die auf das Ende der DDR folgten, für die Ausprägung des ostdeutschen Rechtsextremismus eine Rolle gespielt haben, ist wohl das Einzige, auf das sich alle einigen können.

Gideon Botsch beschreibt die »Faschos« und Hooligans, aus denen sich die ersten Neonazi-Gruppen zusammenfanden in den Bezirken, die später das Bundesland Brandenburg wurden. Er schildert ihre Verbindungen – bereits in den 1980er-Jahren – zu westdeutschen Neonazi-Organisationen und, vor dem Hintergrund des Umbruchs im Zuge der deutschen Vereinigung, die Herausbildung des spezifisch ostdeutschen Rechtsextremismus: militant, subkulturell, bewegungsförmig. Dessen Eingliederung in eine gesamtdeutsche Neonazi-Bewegung analysiert er als einen Prozess der sukzessiven Aufsichtung von einer fragmentierten subkulturellen Szene zu einer gesamtdeutschen »Nationalen Opposition«.

Zur Attraktivität der damaligen Bewegung hat der Modernisierungsschub durch die Naziskinhead-Kultur beigetragen. Mit den Texten ihrer Kultbands wurde auch die »White Power«-Ideologie aus England und den USA importiert. In der deutschen Neonazi-Szene war dafür die in Königs Wusterhausen erscheinende Zeitschrift »United Skins« ein wichtiges Sprachrohr. Ulli Jentsch zeigt, wie die Ideenwelt des *Ku-Klux-Klan* (KKK) und von *Blood & Honour* (*B&H*) jene inspirierte, die mehr wollten, als »im szenetypischen Aussehen herumzulaufen« und »mit Kameraden in der Kneipe zu saufen«, wie es ein anonymes Autor 1998 in einem Beitrag unter der Überschrift »An die Bewegung« für das Naziskin-Magazin »White Supremacy« ausdrückte. Nicht nur Uwe Mundlos, der mutmaßliche Autor dieses Aufrufs, und die späteren NSU-Mitglieder hielten die Zeit für einen Kampf »mit allen Mitteln« für gekommen. Die Vorstellung, sich in einem »Rassenkrieg« zu befinden, wurde zum gedanklichen Fluchtpunkt einer sich radikalisierenden Szene auch in Potsdam, Königs Wusterhausen und Cottbus.

Und ihre Angehörigen begannen, sich zu organisieren. In Brandenburg war die *Nationalistische Front* (NF) eine treibende Kraft, die aus Jugendlichen, die vor Bahnhöfen Dosenbier tranken und Rechtsrock hörten, »politische Soldaten« zu formen suchte. Gideon Botsch schildert, wie die 1985 in Westdeutschland gegründete Kleinpartei ab 1990 in zahlreichen Orten Brandenburgs Jugendgruppen aufbaute, die von erfahrenen Neonazi-Kadern in Weltanschauung, Organisation und Propaganda unterwiesen wurden. 1992 wurde die Partei verboten; sie hatte begonnen, *Nationale Einsatzkommandos* aufzubauen.

Einige derjenigen, die in den Folgejahren zu Anführern militanter Gruppierungen in Brandenburg wurden, stammen aus der Kadernschmiede der *Nationalistischen Front*. Aus diesem Umfeld kam auch der langjährige V-Mann Carsten Szczepanski, dessen Werdegang Heike Kleffner schildert.

Der Westberliner ist ein klassischer Kader des militanten Neonazismus der 1990er-Jahre: International mit Führern von *Ku-Klux-Klan* und *Blood & Honour* vernetzt, gründete er 1991 einen Klan-Ableger in Deutschland und scharte in Königs Wusterhausen die militante Gruppe *United Skins* um sich. In seiner weiteren Karriere war er nach einer Haftstrafe am Aufbau einer Terrorzelle beteiligt und stieg zum Organisationsleiter der berlin-brandenburgischen *NPD* auf. Im *NSU*-Komplex kommt Carsten Szczepanski eine zentrale Rolle zu, weil er ab Mitte der 1990er-Jahre eng mit der *B&H*-Sektion in Chemnitz zusammenarbeitete – mit denjenigen Neonazis also, die das ab Januar 1998 von der Polizei gesuchte *NSU*-Kerntrio versteckten und die drei Untergetauchten mit Wohnungen, Geld und falschen Identitäten ausstatteten.

Mit Szene-Hits wie »Barbecue in Rostock« lieferte *Blood & Honour* den Soundtrack zur Pogromstimmung. Marie Kwiatek und Michael Weiss beleuchten das internationale Netzwerk, das Hunderttausende Rechtsrock-CDs vertrieb – ein überaus wirksamer Propagandaapparat und ein Millionengeschäft zugleich. Sie schildern den Aufbau der *B&H-Sektion Brandenburg* und stellen mit Uwe Menzel einen weiteren wichtigen Netzwerker und Weggefährten Szczepanskis vor. »Uwocaust«, wie sich der Potsdamer nennen lässt, war das Gesicht von *B&H* in Brandenburg, bis die Organisation im Jahr 2000 verboten wurde. Nach 25 Jahren mit wechselnden Bands ist Menzel bis heute eine feste Größe im Rechtsrock. Unter dem Label »Söhne Potsdams« widmet er sich der Neonazi-Nachwuchsförderung.

Als einflussreich und gut vernetzt gilt auch Maik Eminger. Sein Zwillingbruder André, der als enger Vertrauter des *NSU*-Kerntrios in München vor Gericht steht, wurde im November 2011, wenige Tage nach der Selbstenttarnung des *NSU*, auf seinem Vierseithof in Potsdam-Mittelmark festgenommen. Gemeinsam führten die Zwillinge Eminger in den 1990er-Jahren die *Weißer Bruderschaft Erzgebirge* an. Ihrem Ziel, einer »weißen Revolution«, sind die Brüder bis heute treu geblieben. Maik Eminger war in der *Heimatreuen Deutschen Jugend* und in der *NPD* aktiv, heute zieht er als gefragter Agitator für die Kaderpartei *Der III. Weg* von Kundgebung zu Kundgebung und schürt Hass gegen Flüchtlinge. Maik Baumgärtner porträtiert ihn.

Die Namen wechseln, die Netzwerke bleiben – das ist eine Konstante in den Biografien von Kadern wie Carsten Szczepanski, Uwe Menzel und Maik Eminger. Aufbauend auf gemeinsamen Erfahrungen und Beziehungen, die nach Verboten in anderen oder neuen Organisationen fortgesetzt werden, wird die Struktur neonazistischer Netzwerke erneuert und ausge-

baut. Untypisch für den Neonazismus erscheinen insofern die *1. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg* und die *Nationale Bewegung*. Denn diese beiden Gruppen blieben – zumindest nach dem, was bislang bekannt ist – isoliert.

Die *1. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg* war eine in der Lausitz ab 1989 aktive Wehrsportgruppe, die über große Mengen an Waffen und Sprengstoff verfügte. Ihr Anführer Jens K., ein notorischer Neonazi, ermordete mit Komplizen 1991 einen 27-jährigen Familienvater, um dessen Auto für einen Raubüberfall zu verwenden. Simone Wendler hat die Taten und Ziele der Gruppe recherchiert und mit der Witwe des Mordopfers über die Folgen der Tat für die Familie gesprochen.

Rätsel gibt bis heute eine Serie von Brandanschlägen und Propagandaaktionen auf, die sich im Laufe des Jahres 2000 in und um Potsdam ereigneten und zu denen sich eine Gruppierung namens *Nationale Bewegung* bekannte. Die Gruppe verschwand nach einem Jahr gerade rechtzeitig, bevor die Polizei mit einer Razzia gegen Verdächtige vorgehen konnte. Später kam heraus: Ein V-Mann hatte die Polizeiaktion auf Anweisung des Verfassungsschutzes an einen Neonazi verraten. Dies war nicht die erste und es sollte auch nicht die letzte V-Mann-Affäre bleiben. In seinem Artikel stellt Maik Baumgärtner denn auch fest: »Im Märkischen reihte sich um die Jahrtausendwende ein Geheimdienstskandal an den nächsten, und immer ging es um militante Kameraden, die als V-Leute für den Dienst arbeiteten und während oder vor ihrer Tätigkeit in Verbrechen verstrickt waren.« Gründe genug, der Frage genauer nachzugehen, wie die Behörden dem Terror von Rechts entgegentraten.

STAATLICHES HANDELN UND RECHTER TERROR

Christoph Kopke schildert in seinem Beitrag anhand eines katastrophalen Polizeieinsatzes im Jahr 1990 – die Nacht, in der Neonazis vor den Augen von Polizisten den Angolaner Amadeu Antonio töteten – die Überforderung und die Fehler der Polizei. Er kommt in seiner Bilanz dennoch zu einem ermutigenden Ergebnis: Ab 1992 habe die Polizei die Verfolgung rechter Gewalttaten schrittweise verbessert. Im Jahr 2013 hat das Potsdamer Innenministerium den Autor beauftragt, sämtliche Tötungsdelikte seit 1990, bei denen ein rechtes Motiv möglich schien, einer unabhängigen Prüfung zu unterziehen – für eine Innenbehörde ein mutiger Schritt, der bundesweit Maßstäbe gesetzt hat.

Eine unabhängige Kontrolle des Verfassungsschutzes erscheint mindestens ebenso dringend. Das wird durch die Beiträge von Dirk Laabs und Antonia von der Behrens überdeutlich, die den Fall »Piatto« untersuchen, der Deckname des Neonazi-Anführers und V-Manns Carsten Szczepanski. Dirk Laabs rekonstruiert minutiös dessen Karriere und kommt zu dem Schluss: Wenn der Dienst, wie er behauptet, Szczepanski tatsächlich 1994 angeworben haben sollte, als dieser des Mordversuchs verdächtig in Untersuchungshaft saß, wäre das schlimm. Aber so, wie es die Behörde darstellt, kann es kaum gewesen sein. Denn schon seit 1990 wurden strafrechtliche Ermittlungen immer dann, wenn sie für Carsten Szczepanski gefährlich wurden, nicht weiter verfolgt, oder der Neonazi wurde aus der Schusslinie genommen. Für plausibler als die Version des Verfassungsschutzes hält der Autor es deshalb, dass der umtriebige Neonazi-Kader geschützt wurde, weil er bereits in den frühen 1990er-Jahren als Informant arbeitete. Das Brandenburger Innenministerium bestreitet dies.

Antonia von der Behrens stellt eine brisante Frage: Hätte der Potsdamer Verfassungsschutz die Morde des *NSU* verhindern können? Die Anwältin der Hinterbliebenen des am 4. April 2006 vom *NSU* in Dortmund ermordeten Mehmet Kubaşık meint: Mit großer Wahrscheinlichkeit, ja. Denn gleich vier Geheimdienste hatten durch »Piatto« 1998 Informationen, die eine Festnahme des mutmaßlichen *NSU*-Kerntrios vor dem ersten Mord ermöglicht hätten. Was die damals zuständigen Verfassungsschützer vor Gericht und in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen bislang dazu sagten? »Ich weiß nicht«, »ich erinnere mich nicht«, »davon wusste ich nichts«. Das ist weniger, als man von Beamten, die einen Eid auf das Grundgesetz geschworen haben, erwarten darf.

KONTINUITÄTEN RASSISTISCHER MOBILISIERUNGEN

Auf die vergangenen 25 Jahre zurückzublicken, das übernehmen drei Personen des öffentlichen Lebens in Brandenburg, die für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in ihren Ämtern jeweils viel geleistet haben und die als Bürgerinnen und Bürger mit Herzblut und langem Atem für die Demokratie streiten: die ehemalige Polizeipräsidentin des Polizeipräsidiums Eberswalde, Uta Leichsenring, die langjährige Ausländerbeauftragte Brandenburgs, Almuth Berger, und der dienstälteste Generalstaatsanwalt Deutschlands, Erardo Cristoforo Rautenberg.

Einen Ausblick mit einer Einschätzung, wie groß die Gefahr ist, dass sich die Demonstrationen und Gewalttaten gegen Flüchtlinge und gegen jene, die für ihre Aufnahme eintreten, weiter radikalisieren, legt Andrea Röpke vor. Sie zeigt die Kontinuitätslinien aus den 1990er-Jahren in die Gegenwart auf und warnt vor der Aufbruchsstimmung, die bei den erfahrenen Kadern herrscht. Sie seien dabei, die Stimmung im Land so aufzuheizen, dass sich Einzelne und Kleingruppen nach dem Prinzip des »führerlosen Widerstands« ermutigt fühlen könnten, loszuschlagen. Die steigende Zahl von Anschlägen auf Unterkünfte und der versuchte Mordanschlag auf die Kölner Oberbürgermeisterin im Oktober 2015 durch einen Neonazi, der zur »Generation Hoyerswerda« gehört, untermauern diese Einschätzung.

»Taten statt Worte« lautete der Grundsatz des *Nationalsozialistischen Untergrunds*. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass Neonazis aus den aktuellen Mobilisierungen gegen Flüchtlinge ableiten, die Zeit sei gekommen, um ihre politischen Ziele mit organisierter Gewalt durchzusetzen. Können wir aus der jüngeren Geschichte und dem NSU-Komplex lernen, wie eine solche Entwicklung zu verhindern ist? Wenn dieses Buch dazu beitragen kann, die Struktur und Dynamik des militanten Neonazismus und sein Zusammenwirken mit rassistischen Protesten zu veranschaulichen, wäre eines unserer Ziele erreicht. Die mit diesem Band vorliegende Auseinandersetzung mit der Geschichte von Rechtsterrorismus in Brandenburg kann dabei – auch vor dem Hintergrund des noch laufenden Strafverfahrens gegen Beate Zschäpe und ihre Mitangeklagten am Oberlandesgericht München – nur ein Anfang sein. Unbefriedigend bleibt, dass viele Fragen, insbesondere die nach der Rolle des Verfassungsschutzes mit seinem V-Leute-System, von den Autorinnen und Autoren zwar präzise gestellt werden – beantwortet aber können und müssten sie andere.

Dass die Netzwerke der Neonazis in diesem Buch so detailliert beschrieben werden können, ist auch denjenigen zu verdanken, die sich seit den frühen 1990er-Jahren in Brandenburg gegen rechte Gewalt engagiert haben. Ohne den Fundus des Wissens, der durch journalistische Recherchen, wissenschaftliche Arbeiten und durch die Dokumentation der Antifa-Bewegung zusammengetragen wurde, wäre diese Publikation nicht möglich gewesen. Wir danken allen, die zum Entstehen dieses Buches beigetragen haben.

Berlin und Potsdam im November 2015
Heike Kleffner/Anna Spangenberg

ANFÄNGE

»UND DANN KAMEN NUR ZWEI POLIZISTEN ...«¹

EIN BLICK ZURÜCK IN DIE 1990ER-JAHRE

»Ich darf Ihnen versichern, daß die kurzgeschorenen Protestanten – deren Aufführung ich scharf mißbillige – nur eine winzige Minorität sind, überdies Kinder einer besonderen Not, arbeitslos, von den kleinen Freuden des Alltags abgeschnitten, die uns so selbstverständlich sind, vielleicht auch ein bisschen gelangweilt: Sie wollten ihren Herzen Luft machen, sonst nichts Sie verdienen unsere sorgende Zuwendung mehr als unseren Zorn, unser Mitleid mehr als unsere Entrüstung, ganz gewiß brauchen sie vor allem unsere gütige Unterweisung, nicht die strafende Hand unseres Staates.«

(Klaus Harpprecht, Journalist und Redenschreiber von Willy Brandt, nach den Ausschreitungen in Hoyerswerda in einem Offenen Brief an eine vietnamesische Freundin. In: Die Zeit vom 18. September 1992)

Die Mauer in Berlin war gefallen. Jone Munjunga fürchtete um sein Leben, und mit ihm Hunderte andere, die als Vertragsarbeiter nach Eberswalde gekommen waren. Im Jahr 1987 war der junge Angolaner aus der Heimat aufgebrochen, jung, lebenslustig, offen für etwas Neues. Er kam in eine DDR, in der, wie er sich heute erinnert, »die Deutschen Distanz hielten, und wir auch«. »Die sind halt so«, dachte er. Und dann, ab November 1989, war alles anders: »Über Nacht wurden wir wie Freiwild behandelt. Sie riefen uns »Bimbo« und »Neger«, beschimpften unsere Frauen als »Negerschlampen«. Draußen auf der Straße, manchmal auch im Betrieb, unter Kollegen. Mal kam die Polizei und sagte, wir sollten nicht rausgehen. Mal gingen wir raus und kehrten gleich wieder um. Zum Einkaufen gingen wir nur zu viert oder fünft. Abends in den Club am besten gar nicht.«²

Einen Freund von Munjunga, Amadeu Antonio, kostete die gewalttätige Stimmung das Leben. Ein Kollege von ihm hatte sich entschieden, nach Mosambik zurückzukehren. Er wollte seinen Abschied nicht in dem schäbigen Wohnheim in der damaligen Max-Reimann-Siedlung feiern, schlecht betreut von einem Betreuer, der das Heim lieber heute als morgen räumen lassen wollte. Also zog man in den Hüttengasthof, es waren nur ein paar Hundert Meter die Straße runter, in das einzige Gasthaus in der Doppel-

stadt Eberswalde-Finow mit seinen 50.000 Einwohnern, in das die Mosambikaner noch reingelassen wurden. Die Party wurde wegen »Gefahr im Verzug« von der Polizei beendet. Zu den letzten vier Gästen, die noch vor der Tür standen, als rund 50 rechtsextreme Jugendliche mit Baseballschlägern von zwei Seiten anrückten, gehörte Amadeu Antonio. Sie schlugen ihn und traten so lange auf seinen Kopf ein, bis er sich nicht mehr rührte. Die Polizei war in der Nähe, tat aber nichts; ob aus heimlicher Zustimmung, Angst oder Unterbesetzung, ist bis heute unklar.³ Es war die Nacht vom 24. auf den 25. November 1990.

Jone Munjunga, der an diesem Abend nur wenige Meter entfernt im Wohnheim saß, einem roten Block, der an der Straße von Eberswalde nach Finow noch heute vor sich hin rottet, verlor einen Freund. Er hat später dem Prozess vor dem Bezirksgericht Frankfurt (Oder) beigewohnt und feststellen müssen, wie wenig die Menschen, von denen er in der DDR umgeben gewesen war, sich auskannten: »Die meisten wussten nicht, wie viele Kontinente es gibt, oder wo Afrika liegt«, erinnert er sich, »alles, was sie gelernt hatten, war von Ideologie gefärbt.« Und er hat gesehen, wie junge Männer, mit kurzgeschorenen Haaren, aus dem Westen vordergründig Partys und hintergründig eine neue Ideologie anboten: »Sie kamen mit Cola, Bier und Bananen. Und sie trichterten den Jugendlichen ein: Das neue Deutschland gehört den Deutschen.«

Trotzdem wollte Munjunga bleiben. Er organisierte die verbliebenen Afrikaner in der Stadt. Er wurde immer bekannter. Und je bekannter er wurde, desto gefährlicher wurde es für ihn. Es gab Zeiten, da ließ er sich in seinem Wohnheim von Mitgliedern der Antirassistischen Initiative aus Berlin bewachen. Auch seine deutsche Frau, die eine Wohnung in Eberswalde hatte, zog zeitweise aus Sicherheitsgründen zu Bekannten. Wollten die beiden sich treffen, taten sie das heimlich – in einer Kirche. Im Laufe des Jahres 1991 wurde die Situation so unerträglich, dass Munjunga aufgab: Er ließ sich – um Mitternacht, von Berliner Unterstützern und unter Polizeischutz – abholen und zog in die Nähe von Stuttgart. Auf die Frage, ob ihn nicht auch Bürgerinnen und Bürger aus Eberswalde hätten schützen können, erwidert er: »Nein, das hat sich keiner getraut.«

Marietta Böttger, die 1991 vom Lehramt in das Amt der Ausländerbeauftragten von Eberswalde wechselte, hat in den 24 Jahren ihrer Amtszeit vieles verstanden und verstehen müssen. Fragt man sie aber schlicht: »Wie konnte das passieren?«, dann sagt sie: »Ich frage mich das immer wieder. Und ich habe keine Erklärung.« Dann erzählt sie von einem Bild, das sich

ihr von mehr als einem Abend in ihrem eigenen Zuhause eingebrannt hat: »Stellen Sie sich vor: Sie sitzen in Ihrer Neubauwohnung und vor Ihrem Balkon marschieren 100 Glatzköpfe in Springerstiefeln vorbei. Mit Fackeln.« Jens Reich, Bürgerrechtler und Mitgründer des Neuen Forums, lag vielleicht nicht so falsch, als er die Stimmung in den neuen Ländern mit jener in der Wirtschaftskrise 1929 verglich, als die *NSDAP* und die *SA* massenhaft Anhänger rekrutierten.⁴

Fest steht: Die frühen 1990er-Jahre waren für viele Menschen lebensgefährlich und für noch mehr bedrohlich. Und sie machten – jenseits von der Überforderung und Unfähigkeit von Polizei, Justiz und Staat – die ganze Gesellschaft mundtot.⁵

»Die Rechten waren nicht überall gleich viele und nicht überall gleich stark«, erinnert sich Susanne Lang, die ab 1997 mit der Aktion Noteingang versuchte, dem etwas entgegenzusetzen, »aber sie waren überall präsent. An jedem Wochenende, in jeder Kleinstadt, passierte irgendetwas.« Dem etwas entgegenzusetzen, dazu war der Staat lange nicht in der Lage, schon gar nicht flächendeckend. Susanne Lang erinnert sich an eine Nacht in einer Disco bei Schwedt im Sommer 1990, in der 50 Neonazis den Raum stürmten: »Und dann kamen nur zwei Polizisten.«

»Die Stadt gehört uns« heißt eine ARD-Fernsehdocumentation über Schwedt aus dem Jahr 1993, die, gekürt mit dem CIVIS-Medienpreis, über Jahre als Anschauungsmaterial dafür diente, wie es zugeht, wenn Rechts-extreme die Kontrolle einmal erobert haben.⁶ »Ein einziges Wochenende«, erinnert sich der Filmemacher Enrico Demurray, »hat genügt, um das zu zeigen. Wo immer wir hinkamen: Alles passte zusammen.« Vor der Kamera demonstrieren Krankenschwestern, die ihre Namen nicht nennen wollen, in einer Rettungsstelle an ihren instabilen Türen, wie Leute oft versuchen, diese von außen einzutreten, während sie drinnen Verletzte behandeln. Ein Arzt sagt, es gebe alles, von »Bagatellverletzung bis Totschlag«; eine Bagatellverletzung sei etwa ein Nasenbeinbruch. Anzeigen gebe es »vermutlich aus Angst vor neuen Übergriffen und Rachefeldzügen« selten. Zu sehen sind auch fünf Erwachsene, überwiegend Lehrer, die sich gegen Rechts engagieren – und sich sicherheitshalber an wechselnden Orten treffen; Jugendliche, die ständig nervös um sich blicken. Garderobenkkräfte, denen, ohne dass klar wird, von wem, aus dem Off der Mund verboten wird (»nebensächlich«), als sie gefragt werden, wie viele Waffen jeden Abend abgegeben werden. Und eine Sozialarbeiterin, die einen stadtbekanntem Neonazi und Schläger für ein Interview gewinnen will und ihm entgegenflötet, ein



Rassistische Demonstration vor dem Rathaus in Eberswalde am 26. August 1992

Fernsichteam sei da: »Nun kann ich denen hier ganz viel erzählen: dass du eigentlich ein ganz netter Junge bist und kein Schläger und kein rechtes Vieh und brauner Kampfhund; und dass du mehr kannst als bellen.« Besser, soll das suggerieren, wäre es, wenn er selber käme. Der Neonazi sagt ab, das Filmteam war entgeistert: »Das war nicht Bösartigkeit, sondern Unfähigkeit«, konstatiert Demurray heute. Weil die Lage so war, wie sie war, hatte die Polizeipräsidentin von Eberswalde das Filmteam für die Zeit der Dreharbeiten unter Polizeischutz gestellt.

Ein vernichtendes Urteil über die Schwedter Kommunalpolitiker fällte auch der Kriminologe und Mitgründer des Mobilen Beratungsteams Brandenburg (MBT) Bernd Wagner: Im Jahr 1993 seien fünf Schwedter Jugendclubs mindestens zeitweise von der rechten Szene erobert gewesen. Vor allem der 1992 verbotenen *Nationalistischen Front* (NF) sei es mit »rasant wachsender eigener Macht« gelungen, bis zu 300 Jugendliche in ein »Kontakt- und Kommunikationsnetz« einzugliedern und zu funktionalisieren.⁷ All das weit mehr als nur geduldet: Ganz offiziell kommunizierte das Jugendamt mit dem *Freizeittreff H.I.T. – Nationalistische Jugend Schwedt*, einer NF-Unterorganisation; auch dieses Schreiben ist in der Dokumentation von Enrico Demurray und Gesine Enwaldt zu sehen. In der »Zeit« hieß

es, eine der Schwedter Führungsfiguren, die später in den Bundesvorstand der *Sozialrevolutionären Arbeiterfront (StA)* aufrückte, habe bis zu dem Verbot der *Nationalistischen Front* ihre Korrespondenz als »NF-Stützpunktleiter Schwedt« geführt.⁸

Landauf und landab führte das massive Unterschätzen der Rechtsextremen dazu, dass sie Räume nicht mühsam erobern mussten, sondern immer wieder gestellt bekamen. »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« hieß ein Programm der Bundesregierung, das den Begriff Rechtsextremismus nicht einmal im Namen trug und für das die damalige Jugendministerin Angela Merkel 20 Millionen DM im Jahr zur Verfügung stellte, nachdem Neonazis in Hoyerswerda 1991 durch tagelange Krawalle die Evakuierung von Ausländern erzwungen hatten. Ziel sei, so Merkel, »gewalttätigen Ausschreitungen vorzubeugen«, indem »junge, bisher gewaltgeneigte Menschen in sinnvolle Projekte« eingebunden werden.⁹ In Brandenburg wurden als Schwerpunkte genau jene Regionen definiert, in denen besonders viele Menschen gejagt wurden: Eberswalde-Finow, Oranienburg, Velten, Cottbus, Fürstenwalde, Schwedt und Angermünde.¹⁰ Das Programm folgte in wesentlichen Teilen dem Ansatz der »akzeptierenden Jugendarbeit«, den der Sozialpädagogik-Professor Franz Josef Krafeld in den 1980er-Jahren in Bremen entwickelt hatte, als dort vereinzelt rechte Gruppen aufgetaucht waren. Wie Drogenabhängige und andere Randgruppen sollten auch rechte Jugendliche »dort abgeholt werden, wo sie stehen«; um dann, mit pädagogischer Kompetenz und in klaren Grenzen, in Konfrontationen verstrickt zu werden.¹¹

Über den Ansatz mochte man damals schon streiten. Fest steht, dass auch Menschen an der »akzeptierenden Jugendarbeit« scheiterten, die dafür prädestiniert waren, sie nach allen Regeln der Kunst umzusetzen. Ruft man heute Jann Jakobs, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, an, wird der fast hörbar schamesrot: »Kein Ruhmesblatt« sei das gewesen, immer noch ärgere er sich »maßlos« darüber. Warum? Jakobs ist Sozialarbeiter, Sozialpädagoge und Soziologe und hat, bevor er 1993 erst Jugendamtsleiter und später in Personalunion Jugendstadtrat wurde, jahrelang an verschiedenen Hochschulen gearbeitet. Ein idealer Vorgesetzter also, um ein schwieriges Programm in strenge Bahnen zu leiten, was mindestens bedeutet hätte, diffus rechte Jugendliche streng von organisierten Kadern zu trennen – und Letztere deutlich nicht zu akzeptieren. Das ist in Potsdam, wie auch anderswo, grandios gescheitert. Über drei Jahre, von 1995 bis 1998, probten im Club 18 unter Jakobs' politischer Verantwortung und

Amtsaufsicht die *Proissenheads*, angeführt von Uwe Menzel, Propagandist des rechtsextremen Neonazi-Netzwerks *Blood & Honour* und eine der am besten vernetzten Figuren in der Rechtsrock-Szene Ostdeutschlands. Mit wem sie es zu tun hatten, hätten Jakobs wie die Landesregierung durchaus wissen können: Das Landesamt für Verfassungsschutz vermerkte die *Proissenheads* 1996 in seinem jährlichen Bericht als Band, die »bei ihren Auftritten rechtsextremistische Texte« verbreitet.¹²

Wie es passieren konnte, dass sie an einem vom Staat betriebenen und beheizten Ort proben konnten? »Ich kann das nicht schönreden«, konstatiert der Oberbürgermeister, »im Durcheinander der zwei Ämter« sei ihm das »durchgerutscht«. Mit dem Brandenburger Verfassungsschutz sei zudem zu Beginn durchaus gesprochen worden, wobei keine Bedenken laut geworden seien. Und die Mitarbeiter, die aller Wahrscheinlichkeit nach zugegen waren, wenn in dem Probenraum Neonazi-Texte gegrölt wurden? Die hätten ihn auch nicht informiert, sagt Jakobs. Tatsächlich wurde der Leiter des Jugendclubs, als der Skandal dank der Enthüllung durch Antifas öffentlich geworden war, mit der Frage zitiert, wer denn »den *Proissenheads* eine Chance gegeben und sie selbst etwas sagen lassen« habe?¹³ Aus Jakobs' heutiger Sicht wurden damals drei Fehler gemacht: Es wurden keine klaren Grenzen gesetzt, man habe die Fähigkeit organisierter Rechter, Sozialarbeiter als nützliche Idioten zu instrumentalisieren, nicht gesehen, und es habe auch keine Kriterien für Erfolg oder Misserfolg dieser Arbeit gegeben.

Dabei stellt sich noch eine andere Frage: Wo sollten eigentlich die anderen hin, in einer Zeit, in der die Anhänger rechter Jugendgruppen Mainstream und die anderen die Ausgegrenzten waren? Denn natürlich war nicht das gesamte Land Brandenburg mit seinen zweieinhalb Millionen Einwohnern ein monokultureller Hort. Dafür sprechen außer Jone Munjunga, der längst wieder in Eberswalde lebt und sich im Kulturverein »Palanca« engagiert, noch viele andere. Einer von ihnen ist Ibraimo Alberto, der 1981 aus dem Bürgerkrieg Mosambiks – in dem damals die herrschende Partei FRELIMO massiv von der DDR unterstützt wurde – nach Ostberlin kam. Nach einigen Jahren in einem Fleischkombinat verschlug ihn der Sport an die Oder: Der Chemie PCK Schwedt, einer der besten Boxvereine der DDR, nahm das Nachwuchstalent auf. In Schwedt boxte er sich bis in die 1. Bundesliga hoch und wurde immer bekannter. Sein Ruf als Boxer, erzählt er, habe ihm nach dem Mauerfall »eine gewisse Ruhe« verschafft. »Viele haben sich schlicht nicht getraut, mich anzugreifen«, erzählt er, »andere haben sich aber auch hingestellt und gesagt: Der gehört

zu uns.« Er nutzte die Chance, sich für jene zu engagieren, die sich, wie einst er selbst, nach Deutschland gerettet hatten, vor allem für die Flüchtlinge aus Bosnien. Später wurde Ibraimo Alberto ehrenamtlicher – Geld dafür hatte die Kommune keins – Ausländerbeauftragter. Nicht immer fühlte er sich sicher, auch nicht akzeptiert – nicht zuletzt wuchsen über die Jahre immer mehr Jugendliche nach, die von seinen treffsicheren Fäusten gar nichts wussten. Dessen ungeachtet blieb er: »Vielleicht bin ich stur, vielleicht wollte ich einfach nicht aufgeben«, resümiert er heute, »aber ich dachte: Ich lasse mich nicht vertreiben. Und tatsächlich hatte ich manchmal den Eindruck: Es wird besser.« Bis, das gehört auch zu seiner Geschichte, sein Sohn bei einem Fußballspiel als »Hurennegersohn« beschimpft wurde. Ibraimo Alberto verlor die Nerven – und ging auf den Angreifer los. »An dem Tag hatten mich die Rechtsradikalen an dem Punkt, dass ich angriff«,¹⁴ heißt es in seinem autobiografischen Buch. Das war 2011, Ibraimo Alberto gab auf. Heute lebt er in Karlsruhe.

Gegenwehr regte sich auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Von Kirchenvertretern über linke Politiker bis zu Sozialarbeitern organisierten Menschen – ohne Handynetze – ab den frühen 1990er-Jahren Telefonketten und notfalls auch Schutz aus Berlin. Auch Jugendliche engagierten sich in ihren Schulen und Kommunen, wurden allerdings nicht selten massiv behindert. Teils wurden sie verprügelt und trauten sich nicht, Anzeige zu erstatten (oder fanden gar nichts Besonderes daran), teils legten ihnen Kommunalpolitiker Hindernisse in den Weg. »Subkulturelle Ansätze durchzusetzen war wahnsinnig schwer«, erklärt Susanne Lang, »immer wieder hieß es: Nein, Links gegen Rechts, das wollen wir auch nicht.«

Unter dem Namen Aktion Noteingang zogen ab 1997 Jugendliche von Angermünde bis Strausberg mit Fragebögen und Aufklebern zu Verwaltungsmitarbeitern und Geschäftsleuten. Wer bereit war, sich auf die Seite der demokratischen Gegenöffentlichkeit zu stellen, sollte das mit einem Noteingang-Sticker und folgendem Text sichtbar machen: »Wir bieten Schutz und Information bei rassistischen und faschistischen Übergriffen!« Die Resonanz war, bestenfalls, gemischt: »An manchen Orten lief es ganz gut, an anderen ganz schlecht«, sagt Susanne Lang. »Es kam vor, dass wir wie Nestbeschmutzer behandelt wurden, nach dem Motto: ›Schön, dass ihr kommt. Aber macht doch unsere Jugendlichen nicht so schlecht. So schlimm ist es doch gar nicht.« In Bernau, wo die Aktion entstand, lehnte der Bürgermeister persönlich sie ab: Die Hervorhebung der Hilfe für Opfer rechter Gewalt, so zitierte ihn die »Berliner Zeitung«, solle nicht dazu füh-

ren, dass »Leute, die den Aufkleber nicht anbringen, als ausländerfeindlich stigmatisiert werden.«¹⁵

Dabei hat es an der »Hervorhebung« von Opfern rechter Gewalt doch deutlich gemangelt. Seit 2015 ist dank einer Untersuchung des Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrums im Auftrag der Landesregierung auch offiziell, dass die Zahl der Todesopfer rechter Gewalt doppelt so hoch ist wie die bisherige amtliche Statistik. Nicht neun, sondern mindestens 18 Menschen kamen seit 1990 in Brandenburg bei rechtsextremen Übergriffen ums Leben. Zu denen, die erst seither als Opfer politisch motivierter Gewalt gewertet werden, gehört das erste Opfer nach der Vereinigung: Andrzej Fraczkak, der am 7. Oktober 1990 in Lübbenau erstochen wurde, nachdem zuvor mehrere Jugendliche auf ihm herumgetrampelt waren. Dass der Messerstich niemandem zugeordnet werden konnte, ist das eine; das andere ist, dass der Angriff nicht als rechtsextrem gewertet wurde, obwohl einer der Täter ein Adolf-Hitler-Shirt trug und gleich zwei von ihnen auch an einem Übergriff auf ein Flüchtlingswohnheim beteiligt waren.¹⁶

Die Zahl der Toten ist nur die Spitze eines Eisbergs. Die Verletzten, Versehrten und Traumatisierten hat nie jemand gezählt. Zu den wenigen, deren Schicksal bekannt wurde, gehört der britische Bauarbeiter Noël Martin; er verlor im Juni 1996 in Mahlow, von Neonazis gejagt, die Kontrolle über sein Fahrzeug und ist seither querschnittsgelähmt. Dazu zählt auch Orazio Giambianco, der als dolmetschender Bauarbeiter aus Bielefeld angereist war, im selben Jahr in Trebbin durch einen Schlag mit einer Baseballkeule in den Rollstuhl kam und an den in einer bemerkenswerten Langzeitbegleitung jedes Jahr der »Tagesspiegel«-Journalist Frank Jansen erinnert. »Die, von denen man gehört hat, sind die allerwenigsten«, erklärt Judith Porath von der Opferperspektive e. V. Der in Potsdam ansässige Verein richtet seit 1998 den Fokus auf die Betroffenen. In der Öffentlichkeit, aber auch, indem sie die Menschen bei ihren Wegen zu Polizei, Justiz und Verwaltung begleitet. »Das Wichtigste«, resümiert Porath, »war über Jahre, denen, die von Gewalt betroffen sind, Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Sie hatten nicht nur keine Stimme – was sie erzählten, wurde schlicht angezweifelt.« Zumindest das habe sich gebessert, sagt Judith Porath, die sich selbst noch an Neonazis an ihrer Schule im Oranienburg der 1980er-Jahre erinnern kann.

Denn auch in der DDR gab es Neonazis.¹⁷ Und schon damals waren die im Land kaum existenten »Ausländer« wesentliche Zielscheiben rechter Gewalt – ein beredter Beleg dafür, dass die Anzahl der Einwanderer und rassistische Einstellungen in keinerlei kausalem Verhältnis stehen. In dem Buch

»Die Szene von innen«, einem der wenigen nicht auf Stasi-Dokumenten beruhenden Zeugnissen, gab ein Jugendlicher schon im September 1989 Folgendes zu Protokoll: Das Wichtigste seien »die Kanaken, dass wir die erstmal rauskriegten«, und die »Botschaft, dass das jetzt überhandnimmt mit die«. Dafür würde der Ostberliner ganz offenbar auch in den Stasi-Knast wandern: Alle könnten sie schließlich »nicht einbuchten«. ¹⁸ Von denen, die verhaftet wurden, kamen nicht wenige durch eine Amnestie im Dezember 1989 wieder frei: »Die amnestiert wurden, gerieten sich fortan als Helden und Anführer«, erzählt Susanne Lang, »sie waren oft die allerersten, die den Kampf um ihr Deutschland aufnahmen.« Zu diesem »Kampf« gehörte es auch, »national befreite Zonen« zu schaffen, in Brandenburg und anderswo: Orte, wo sich bestimmte Gruppen, zu bestimmten Tageszeiten oder immer, nicht mehr bewegen sollten. »Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind« – so lautete das Ziel, dass der NPD-nahe *Nationaldemokratische Hochschulbund* bereits 1991 in dem Papier »Schafft befreite Zonen!« festhielt. Mittel zu diesem Zweck seien, »Abweichler und Feinde« zu bestrafen und »Kampfgefährtinnen und -gefährten« zu unterstützen. ¹⁹

Doch natürlich war der Auftrieb der Rechtsextremen auch eine Folge der Wende. In atemberaubendem Tempo gelang es den Neonazis, Jugendliche einzugemeinden. Der Kriminologe Bernd Wagner schätzte das »rechtsextremistisch orientierte Gewaltpotential« im Frühjahr 1991 auf 10.000 bis 15.000 Personen; das waren mehr als in allen alten Ländern zusammen. ²⁰ Der Leipziger Kriminalsoziologe Wolfgang Brück hielt rund 50.000 Jugendliche für anfällig für »emotionalen Rechtsextremismus«. ²¹ Und der Potsdamer Jugendforscher Dietmar Sturzbecher fand 1993 bei einer Befragung unter Brandenburger Jugendlichen bei 44 Prozent »ausländerfeindliche« und bei 27 Prozent »rechtsextreme Einstellungen«. ²²

Das Bündel von Ursachen enthält ganz Verschiedenes, aber das Fehlen von Arbeit und (verwertbarer) Ausbildung war darin weit weniger bestimmend als häufig angenommen. Schwerer mag der Irrtum gewogen haben, zu glauben, die mit dem Einigungsvertrag übernommene Demokratie habe aus sich selbst heraus ausreichend Überzeugungskraft. Tatsächlich wurde der Zusammenbruch der DDR von vielen, deren Leben nicht aus dem Kampf um Bürgerrechte bestanden hatte, als Bruch in der individuellen Biografie erlebt, bis hin zum persönlichen Scheitern. Die Umbrüche erschütterten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, jede Familie. »Wir fielen in tiefes kaltes Wasser und konnten erst einmal nicht schwimmen«,

so formuliert es Marieta Böttger. Das muss einen nicht zum Rechtsextremen machen, es macht aber auch nicht empathischer gegenüber anderen Menschen.

Hinzu kam, dass auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen DDR ein »leerer Raum weggebrochener Sozialisationsinstanzen«²³ entstanden war. Mit Eltern, die häufig einen Beruf hatten, der nichts mehr wert war und in dem sie immer das Falsche getan hatten; mit Lehrern, die ein Menschenbild vermittelt hatten, für das sie verachtet wurden, und die kaum gleich ein neues übernehmen konnten und wollten; mit Sozialarbeitern, die es in der DDR nicht gegeben hatte: »Unbedarf, unvorbereitet, hilflos« – so nennt Böttger die Menschen, die dazu abgestellt wurden, Jugendliche auf einen demokratischen Weg zu bringen. In dieser Melange aus Unzulänglichkeiten, verbunden mit dem Wunsch, nach Unrecht und Umbruch nicht Deutsche zweiter Klasse zu sein, entwickelte sich bei vielen ein »Wir wollen auch wer sein«-Gefühl, an das Rechtsextreme leicht andocken konnten. Und deutsch-nationale Versatzstücke in den Köpfen, an die sie in Zeiten eines kompletten Multiorganversagens anknüpfen konnten, gab es in der DDR reichlich. All das fand in einem Klima statt, in dem Sympathisanten rassistischer Denkmuster überall präsent waren – ob ganz offen oder heimlich.

Wie weit die Unterstützung nicht nur rassistischer Muster, sondern auch ebensolcher Taten ging, wurde besonders deutlich in der 270-Seelen-Gemeinde Dolgenbrodt, südlich von Berlin. Dort bezahlten im Herbst 1992 Bürger rechte Jugendliche dafür, dass sie ein bezugsfertiges Flüchtlingsheim abbrannten. Hier wie anderswo lag es auch der Politik fern, sich deutlich auf die Seite der Bedrohten und damit der Menschenrechte zu schlagen. In Dolgenbrodt, wo der Verdacht, dass hinter dem Brand eine Gruppe von Auftraggebern steckt, bereits im darauffolgenden Sommer erstmals auftauchte²⁴ und später auch bewiesen wurde, sprach der Bürgermeister noch vier Jahre später unbeirrt von »vier Einzeltätern«.²⁵

Anderswo verhinderten die politisch Verantwortlichen den Zuzug von Geflüchteten oder Zuwanderern. In dem 400-Einwohner-Dorf Gollwitz, das heute zu Brandenburg an der Havel gehört, stimmte im Jahr 1997 der siebenköpfige Gemeinderat gegen den Zuzug von 50 jüdischen Zuwanderern aus der Sowjetunion.²⁶ Landesvater Manfred Stolpe (SPD) wollte nach dem dortigen Gemeinderatsbeschluss seine »Hand ins Feuer« dafür legen, dass »die Gollwitzer nicht antisemitisch« seien.²⁷ Dass er den Rechtsextremismus »lange unterschätzt« habe, gestand Stolpe öffentlich im Jahr 2000 ein.²⁸ Und so war es von politischer Seite in Brandenburg lange nur die

Ausländerbeauftragte Almuth Berger, die deutliche Worte gegen Rechtsextreme, Antisemitismus und Rassismus fand.²⁹ Berger gehörte auch zu den wenigen, die ansprachen, was der Journalist Burkhard Schröder einmal mit den Worten beschrieben hat: »Irgendjemand wird den lieben Kleinen schon gesagt haben, dass sie Juden hassen sollen.«³⁰ Rechtsextreme Wertorientierungen, erklärte sie dem Kabinett im Jahr 1997, fänden sich »in allen sozialen Strukturen«.³¹

Befördert wurden die Rechtsextremen von einer beispiellosen – und maßgeblich aus der alten Bundesrepublik gesteuerten – politischen Debatte: jener um die Änderung des Asylrechts, die man schon damals auch als Umlenkungsmanöver verstehen musste. Die Vereinigung war – ob absehbar oder nicht – schwierig und schmerzhaft. Um den in Gefahr geratenen nationalen Konsens wieder herzustellen, mussten nun Flüchtlinge herhalten, die zu Hunderttausenden dem Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina zu entkommen suchten. Anders lässt sich kaum interpretieren, dass der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU), einer der mächtigsten Landesfürsten der Republik, im März 1990 im Bundesrat zu Protokoll gab, es müsse »eine Reihenfolge« geben dürfen: »zuerst Hilfe für Deutsche, zu Hause in der Bundesrepublik, dann Hilfe in der DDR, danach eine Lösung für Deutschstämmige, und zwar diejenigen, die [...] wirklich deutschstämmig sind – und schließlich kommen diejenigen, die politisches Asyl beantragen«.³² Der Berliner CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky polemisierte, Flüchtlinge zögen »messerstechend durch die Straßen« und lägen »nur, weil sie das Wort Asyl rufen, dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche«.³³ Doch auch Münchens SPD-Bürgermeister Georg Kronawitter – dessen Nachfolger 2015 Babynahrung zum Hauptbahnhof brachte, als die Züge mit syrischen Flüchtlingen einfuhren – lamentierte in einem »Spiegel«-Interview über die »horrenden Kosten« für Flüchtlinge: Die Bürger könnten nicht verstehen, »mit welcher Großzügigkeit wir uns missbrauchen lassen«.³⁴ Wenige Monate darauf brannte in Rostock-Lichtenhagen unter dem johlenden Zuspruch von Anwohnern ein Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiter. Der Berliner Rechtsextremismus-Experte und Politikwissenschaftler Hajo Funke sprach kurz darauf von einem Pogrom. Das sei etwas, das »mit behördlicher Duldung oder sogar Unterstützung« stattfindet.³⁵

In so einer Situation an die Menschen heranzukommen, an ihre Vernunft und ihren Verstand, ist auch für Experten Sisyphusarbeit, wie beispielsweise für das Mobile Beratungsteam Brandenburg, das sich seit 1992 in Almuth Bergers Auftrag mühte, tja, wie soll man das sagen – für Demokratie zu

BRANDANSCHLÄGE, MORDE UND ÜBERFÄLLE.

Rechte Gewalttäter verbreiteten schon in den 1990er-Jahren Angst und Schrecken im Land Brandenburg. Ihr Vorbild: »Hoyerswerda« – die sächsische Stadt, aus der 1991 nach schweren Krawallen alle Flüchtlinge evakuiert worden waren.

Dieses Buch zeichnet nach, wie sich brandenburgische Neonazis radikalisierten, Untergrundzellen aufbauten und Anschläge begingen. Dabei geraten auch die Rolle des Verfassungsschutzes und Verbindungen in das Netzwerk der Terrorgruppe NSU in den Fokus.

Schließlich wird gezeigt, wie Neonazis der »Generation Hoyerswerda« heute die Proteste gegen Flüchtlingsheime anfachen: Droht eine Welle rechter Gewalt – mit Pogromszenen wie vor 25 Jahren?

ISBN 978-3-89809-127-5



9 783898 091275

20 € (D)

www.bebraverlag.de